

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 8

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

angehauchten Abschweifungen, mangelnder Disziplin, zu einer fehlerhaften Auffassung der organisatorischen Notwendigkeiten, der Ordnung, Systematik usw. geführt hat. Und schließlich und endlich gibt es in der Arbeiterselbstverwaltung, die doch ihrem Wesen und ihren grundlegenden Erfolgen nach antibürokratisch ist, noch immer Fälle von Bürokratismus im Leben und in der Arbeit der Verwaltungsorgane. Die Beseitigung dieser subjektiven Mängel ist ein langwieriger Prozeß, der von der weiteren fachlichen und politischen Ausbildung wie auch von dem Verantwortungsbewußtsein der Erzeuger abhängt, was wiederum durch die Stärkung der materiellen Grundlagen der Wirtschaft und die Hebung des gesellschaftlichen Standards bedingt erscheint. Wie jedoch unsere siebenjährige Erfahrung erwiesen hat, bietet gerade die Arbeiterselbstverwaltung alle Möglichkeiten, dies zu erreichen. Der Kongreß der Arbeiterräte Jugoslawiens wird zweifellos viel zur Erkenntnis der begangenen Fehler beitragen. Dies würde eine noch erfolgreichere Behauptung des Systems der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien bedeuten.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Die Ferienzeit hat sich im Monat August auch auf dem Gebiete der Innenpolitik bemerkbar gemacht. Die kantonalen und eidgenössischen Landesväter befanden sich in ihrem wohlverdienten Urlaub, und in den Parlamentssälen ruhte das Gespräch. Was an politischer Tätigkeit nach außen sichtbar wurde, das trug den Charakter der Vorbereitung auf kommende Dinge. An wichtigsten parlamentarischen Vorarbeiten sind zu nennen: die Beratungen über die Neuordnung der Bundesfinanzen, über das neue Eisenbahngesetz, über die Förderung des sozialen Wohnungsbaues und über die Finanzierung des Fernsehens. Wir werden auf die Geschäfte näher eintreten, wenn sie zur Behandlung im Plenum der eidgenössischen Räte gelangen.

Heute sei nur mit zwei Worten auf die Frage des *sozialen Wohnungsbaues* und der *Preis- und Mietzinskontrolle* hingewiesen. Die bundesrätliche Vorlage stößt bereits auf den wachsenden Widerstand der «Schweizerischen Handelszeitung» und der Arbeitgeberorganisationen. Man benutzt neuerdings die Gelegenheit, um einmal mehr die völlige Aufhebung der Mietzinskontrolle zu fordern. Das müßte jedoch angesichts des anhaltenden Druckes auf die Mietzinse zu katastrophalen Auswirkungen führen. Die Hypothekarzinse sind infolge der Kapitalverknappung im Steigen begriffen. Die Haus-

eigentümer werden kaum bereit sein, die Verteuerung des Hypothekarkredites auf sich zu nehmen, sondern das Begehr nach neuen Berechnungsgrundlagen stellen, was nichts anderes heißt, als daß vielleicht schon auf den kommenden Oktober oder dann auf den Januar 1958 die meisten Mieter mit neuen Aufschlägen ihrer Wohnungszinsen zu rechnen haben. Mieter und Konsumenten sind also auch in diesem Falle wieder die eigentlichen Opfer der verteuerten Lebenshaltung. Daß in einer derartigen Lage die völlige Aufhebung des Mieterschutzes gefordert werden kann, zeugt von einer geradezu herausfordernden sozialen Verantwortungslosigkeit des Kapitalbesitzes.

Wohin die von den Bundesbehörden und der Nationalbank verfochtene *Politik der Geldversteuerung* führt, beginnt man langsam auch beim Gewerbe und der Landwirtschaft einzusehen. Von dieser Seite mehren sich die Stimmen, die eine Weiterführung der bisherigen Restriktionsmaßnahmen ablehnen und die Aufhebung der Sterilisierungspolitik fordern. Noch vor kurzem stießen sozialdemokratische Parlamentarier und Zeitungen, als sie dieselben Forderungen erhoben, auf gewerblichen und bäuerlichen Widerstand. Jetzt, wo die Folgen der Streulischen Finanzpolitik auch Gewerbetreibende und Bauern mehr und mehr zu fühlen bekommen, dämmert es auch in diesen Kreisen und wächst langsam die Erkenntnis, daß man sich auf einem falschen Weg befindet. Der Versuch, die Ersparnisbildung mit dem Mittel der Kreditversteuerung fördern zu wollen, muß in einer stets wachsenden Wirtschaft, die ein immer größeres Kredit- und Geldvolumen benötigt und die Produktivität steigert, versagen und zu einer schweren Schädigung der ganzen Wirtschaft führen. Aus diesem «Traum» des Herrn Streuli kann es einmal ein böses Erwachen geben. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Aufgaben unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bevorstehen, welche Milliarden-Investitionen nötig sein werden für die Atomwirtschaft, die Automation, den modernen Straßenbau, die Modernisierung der Armee, muß man sich mit ernster Besorgnis fragen, wie diese gewaltigen Zukunftsprobleme gelöst werden sollen mit den Methoden einer überholten Ersparnisideologie und einer Geldpolitik, die schon in den vergangenen dreißiger Jahren zur wirtschaftlichen Katastrophe geführt haben. P. S.

Außenpolitik

Die Normalisierung der *Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion* wurde immer wieder durch die Hegemonieansprüche der Russen innerhalb der kommunistischen Welt gestört. In vertraulichen Schreiben an die Satellitenstaaten und die ausländischen Parteien warnten die Russen die Kommunisten vor den ketzerischen Anschauungen ihrer jugoslawischen Genossen. Diese Doppelzüngigkeit des russischen Partners hat in den Reihen

der jugoslawischen Kommunisten das berechtigte Mißtrauen verstärkt. Die polnischen und ungarischen Ereignisse vom Oktober und November des letzten Jahres verschärften noch die vorhandenen Spannungen. Am 4. November, als Budapest durch russische Panzer besetzt wurde, fand Imre Nagy Asyl in der jugoslawischen Gesandtschaft. Die Art der Entführung Nagys durch die Russen verärgerte die Belgrader Regierung, die in Moskau scharf protestierte. Nie haben die Jugoslawen den Russen zur Niederwerfung der «Konterrevolution» in Ungarn gratuliert; sie haben die Auflösung der Arbeiterräte und die Verfolgung ihrer Mitglieder durch Kadar entschieden und öffentlich verurteilt. Die Russen führten erneut eine Pressekampagne gegen Jugoslawien; die Belgrader Presse antwortete sehr polemisch.

Nach der Beseitigung der Gruppe Molotow, die in Belgrad als ein großer Erfolg Jugoslawiens gegen die Stalinisten eingeschätzt wurde, glaubte Chruschtschow, der Augenblick sei günstig, um eine neue Versöhnung mit Tito zu versuchen. Die Zusammenkunft fand in Rumänien statt. Das gemeinsame Schlußcommuniqué beweist, daß wohl eine formelle Einigung erreicht wurde, daß aber die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigt werden konnten. Wiederum sind es die Russen, die die Kosten der Versöhnung tragen. Das Communiqué betont, daß die Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Parteien auf der Grundlage absoluter Gleichheit gepflegt werden sollen, was eine klare und eindeutige Ablehnung der Hegemonie des russischen Kommunismus bedeutet. Die Russen konnten keine Billigung ihrer militärischen Intervention in Ungarn erreichen. Dagegen betont das Communiqué die Notwendigkeit der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität wie auch der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, was einer indirekten Verurteilung der russischen Intervention in Ungarn gleichkommt.

Wird die neue Versöhnung, die dritte im Laufe von zwei Jahren, länger anhalten? Dafür scheint wenig Aussicht zu sein, denn die politischen Meinungsverschiedenheiten bleiben bestehen und sind so wichtig, daß eine wirkliche Versöhnung ebenso unmöglich erscheint wie eine Versöhnung zwischen Calvin und dem Papst.

Tito hat ein großes Interesse daran, mit der Sowjetunion normale Beziehungen zu pflegen. Seine Ketzerei übt eine große Anziehungskraft auf die Satellitenstaaten und auf die ausländischen Kommunisten aus, ja selbst auf die Arbeiter und die Jugend in Rußland. Er hat die Absicht nicht aufgegeben, eine Reform des Kommunismus zu erreichen.

Die *Wahlkampagne* zur Erneuerung des Parlaments der *Bundesrepublik Deutschland* hat die Großmächte veranlaßt, ihre Politik gegenüber der *Wiedervereinigung* zu präzisieren. In Berlin haben die Vertreter der Regierungen der Bundesrepublik und der Westmächte ihre Ansichten klargelegt. Die Regie-

rung der DDR und ihre russischen hohen Gäste haben ihrerseits ihre neuen Pläne bekanntgegeben.

Viel Lärm um nichts! Die alten, schon bekannten Bedingungen sind einfach wiederholt worden. Keine der Großmächte im Osten und im Westen will in Wirklichkeit die Wiedervereinigung Deutschlands, auch nicht die Regierungen von Bonn und Pankow, die beide der Trennung ihre Macht verdanken. Einzig die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wünscht und erstrebt aufrichtig die Wiedervereinigung. Die Westmächte stellen als Bedingung die Organisierung von freien Wahlen in beiden Teilen Deutschlands und die volle Freiheit für die neue gesamtdeutsche Regierung, Deutschland der NATO anzuschließen, eine Bedingung, welcher die Russen nie zustimmen werden.

Grotewohl und Chruschtschow haben einen «neuen Plan» entwickelt. Die beiden deutschen Staaten sollten mit ihren eigenen Regierungen, Verfassungen, Gesetzen, Regimen und internationalen Verbindungen weiter bestehen und einen Staatenbund bilden, der versuchen sollte, in gewissen gemeinsamen Fragen eine Einigung zu erreichen. Also eine Rückkehr zu vorkapitalistischen politischen Zuständen in Deutschland! Die Deutsche Demokratische Republik wäre eher imstande, einen Staatenbund mit ihren Ostnachbarn als mit der Bundesrepublik Deutschland zu bilden. Der Plan Grotewohl würde die Teilung Deutschlands verewigen und vertiefen; er kann nicht ernst genommen werden.

Chruschtschow hat seine Reise in der Sowjetzone dazu benutzt, um vor den Wahlen die Regierung Adenauer kräftig zu unterstützen. Zur Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands hat Rußland ein großes Interesse an dem Sieg Adenauers. Der beste Weg für Rußland, Adenauer zu stützen, bestand darin, ihn scharf anzugreifen und sich in den Wahlkampf einzumischen. Die massiven Angriffe Chruschtschows auf Adenauer haben dem Kanzler stark geholfen.

Die Regierung Guy Mollet hat ihrem Nachfolger eine *leere Kasse* zurückgelassen. Die neue französische Regierung war gezwungen, sofortige Rettungsmaßnahmen zu ergreifen. Der energische Finanzminister Gaillard verlangt von seinen Kollegen Einsparungen im laufenden Budget in der Höhe von 600 Milliarden Francs – immerhin sechs Milliarden Schweizer Franken! Die Regierung ergriff Maßnahmen, um die Einfuhr zu drosseln und die Ausfuhr zu fördern, sie beschloß eine Abwertung des französischen Francs. Diese protektionistischen Maßnahmen sind ohne Konsultationen der Partnerstaaten der Montan-Union und Kleineuropas in Kraft gesetzt worden. Das französische Parlament hat wohl die europäischen Verträge über Euratom und gemeinsamen Markt ratifiziert; aber die Politik der Regierung widerspricht dem gemeinsamen Markt und gefährdet ihn. Westdeutschland, Italien, Holland fragen sich, ob der gemeinsame Markt noch realisierbar ist; sicher nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen. Die Kriegslage in Algerien dauert an,

und die französische Regierung sieht mit Beunruhigung der nächsten Session der Generalversammlung der UNO entgegen, an der die Frage Algerien erneut behandelt werden soll.

Die *algerischen Länder*, die Nasser unter seiner Führung einigen wollte, gehen immer mehr auseinander. Die Gegensätze zwischen ihnen haben sich verschärft, sowohl außen- wie innenpolitisch. Außenpolitisch, weil die einen (Syrien, Ägypten, Yemen) unter den Einfluß Rußlands geraten sind und Waffen aus den Ostblockländern beziehen. Saudi-Arabien, Jordanien und Libanon stehen unter dem Einfluß und Schutz der Vereinigten Staaten; Irak, Aden, Libyen und das Protektorat von Muskat und Oman sind Überreste der britischen Herrschaft im Nahen Osten. Die außenpolitischen Bindungen hängen gewöhnlich von der Ausbeutung der Ölquellen durch die englischen und amerikanischen Trusts ab, die in der ganzen arabischen Welt, inbegriffen Algerien und die Sahara, einander bekämpfen. Innenpolitisch besitzen die arabischen Staaten widersprechende Herrschaftsformen. Neben feudalen rückständigen Regimes entstehen moderne Republiken. So hat in Tunesien Bourguiba die Monarchie abgeschafft und eine demokratische Republik proklamiert, was im benachbarten Libyen und in Marokko stark beunruhigt hat. Der Sultan von Marokko hat sich zum «König» erklärt und seinen Sohn als Nachfolger eingesetzt, um die Monarchie zu stützen. In fast allen arabischen Staaten sind Verschwörungen aufgedeckt worden, die, ob real oder nicht, auf die Labilität der Lage hinweisen. Der Einigungsplan Nassers wird morgen noch nicht verwirklicht!

JHD

Blick in die Zeitschriften

«*Der Monat*» hat neuerdings zwei außerordentlich wichtige Zeitdokumente veröffentlicht. In Heft 104 liest man die rasch berühmt gewordenen Aufzeichnungen des Pariser Chefredaktors J.-J. *Servan-Schreiber* über seine erschütternden Erlebnisse «Als Leutnant in Algerien». Heft 105 bringt das Protokoll der Gespräche, die führende französische Sozialisten (Pierre Commin, André Philip, Verdier, Marceau-Pivert) letztes Jahr im *Kreml* mit Chruschtschew, Mikojan, Schepilow, Bulganin, Kaganowitsch und andern geführt haben. Man liest beide Dokumente mit Kopfschütteln und Entsetzen über die Welt, in der wir leben.

Gut paßt dazu der Titel eines Aufsatzes von *Richard Lowenthal* im gleichen Heft 105: «*Die Hölle auf Erden*». Der Verfasser untersucht darin das Wesen des Totalitarismus im 20. Jahrhundert, und ich glaube, daß noch kaum je Kläreres und Klügeres zu diesem wichtigen Thema gesagt worden ist. Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Feststellung: «Den Schlüssel zum Verständnis des Totalitarismus in unserem Jahrhundert glaube ich darin zu finden, daß unsere Zivilisation heute mit sozialen Wandlungen von beispieloser Schnelligkeit fertig werden muß.» Deshalb gelte es, vor allem «die Unzulänglichkeiten der freien Gesellschaftsformen in der heutigen Situation zu untersuchen». Dazu sagt Lowenthal dann unter anderem: